

An
die Mitglieder der Stiftung der Universität
Lüneburg,
die Mitglieder des Präsidiums,
den Präsidenten

StuPa Universität Lüneburg
Scharnhorststraße 1
21335 Lüneburg

Daniela Steinert
Holger Petersen (Stellv.)
StuPa-Vorsitz

Tel.: (0 41 31) 677 - 15 10
Fax: (0 41 31) 40 29 52

E-Mail: stupa@uni-lueneburg.de

Datum: 25.05.2007

Betreff: Stellungnahme des Studierendenparlaments zur Zusammenarbeit und Kommunikation mit dem Präsidium

In der Stellungnahme vom 1. März haben AStA und StuPa die schlechte Kommunikation und die mangelnde Transparenz seitens der Universitätsleitung verurteilt und eine sofortige Reaktion vom Präsidium gefordert. Daraufhin gab es Gespräche von den AStA-SprecherInnen und der StuPa-Vorsitzenden mit Herrn Spoun und Herrn Keller.

Dieses Positionspapier beinhaltet folgende Schwerpunkte:

1. Das Angebot des Präsidiums zur Weitergabe nicht-öffentlicher Informationen
2. Diskussionsansätze der gemeinsamen Sitzung von StuPa und AStA
 - 2.1 Die Universität Lüneburg als undemokratische Hochschule
 - 2.2 Positionierung der studentischen Vertretung innerhalb der Informationshierarchie der Universitätsleitung

1. Das Angebot des Präsidiums zur Weitergabe nicht-öffentlicher Informationen

Innerhalb der Gespräche mit der Universitätsleitung und den Forderungen nach Information und nach frühzeitiger Öffentlichmachung von Entscheidungen und Thematiken, die die Universität betreffen, wurde den AStA-SprecherInnen und dem StuPa-Vorsitz vorgeschlagen, eine Gesprächskultur aufzubauen, die folgende Richtlinien zu beachten hat:

- Die AStA-SprecherInnen und der StuPa-Vorsitz bekommen in 14tägigen Treffen öffentliche und nicht-öffentliche Informationen vom Präsidium.
- Ziel sollte sein, die Studierenden zu informieren und zwar so umfassend, dass die AStA-SprecherInnen wie der StuPa-Vorsitz die gesamten Informationen über die Universität vor einer Bekanntmachung für die anderen Statusgruppen und die Öffentlichkeit kennen.
- Im weiteren Verlauf wurde außerdem seitens des Präsidiums der Vorschlag gemacht, die Hörer nicht nur auf diese vier Personen zu begrenzen, sondern generell mehrere und andere Studierende an den Treffen teilnehmen zu lassen.
- In jedem Fall aber seien die Studierenden dazu verpflichtet, nicht-öffentliche Informationen nicht an die Öffentlichkeit heranzutragen.

- Es gäbe aber die Möglichkeit, Informationen öffentlich zu machen, sobald wir Studierende dies als notwendig erachteten. Dies müsse jedoch mit Vorankündigung an die Universitätsleitung geschehen.

AStA-SprecherInnen und StuPa-Vorsitz haben diese Thematik in gemeinsamer öffentlicher Sitzung von AStA und StuPa am 18. April zur öffentlichen Diskussion gestellt und sind zu dem Ergebnis gekommen, das vermeintliche Angebot abzulehnen und eine andere Form einer Gesprächskultur einführen zu wollen. Hierzu erfolgt folgende Begründung vom Studierendenparlament:

2. Diskussionsansätze der gemeinsamen Sitzung von StuPa und AStA

In langer Diskussion und unter Beleuchtung verschiedener Ausgangssituationen und Perspektiven haben sich einige Ansatzpunkte als besonders wichtig hervorgetan.

2.1 Die Universität Lüneburg als undemokratische Hochschule

Die Entscheidung ist zu vereinfachen auf die Frage nach dem grundlegenden Demokratieverständnis und der Positionierung der gewählten studentischen Vertretung innerhalb des strategischen Vorgehens des Präsidiums zur Kommunikationsführung, Transparenz und dem gesamten Neuausrichtungsprozess.

Dabei festzustellen ist, dass sich die gewählte Studierendenschaft als Aufgabe, Ziel und Grundposition setzt, den Demokratiegedanken als Leitprinzip zu bewahren. Aus diesem Grundverständnis heraus leitet sich die Unmöglichkeit einer solchen Übereinkunft mit dem Präsidium ab. StuPa und AStA sind zu wählen, um Demokratie an der Hochschule so weit als möglich zu gewährleisten und auch der Statusgruppe der Studierenden Mitsprache und Mitgestaltung zu ermöglichen.

Es ist allerdings zu hinterfragen, inwiefern die Universitätsleitung diesen Demokratiegedanken in ihrem Kommunikationsverhalten tatsächlich berücksichtigt – denn sowohl die Veränderung der Außendarstellung der Universität als auch das Projekt der Campus-Umgestaltung, speziell der Bau eines Audimax, zeigen, dass sich das Präsidium mit vorgegebenen Plänen und zurückgehaltenen Zielsetzungen an die universitären Statusgruppen richtet. So wird der universitären Öffentlichkeit nicht ausreichend Möglichkeit gegeben, um sich an diesen Prozessen zu beteiligen.

Besonders auffallend ist das auch an den Zielen, die das Präsidium mit der gesamten Neuausrichtung verfolgt: diese sind für die universitäre Öffentlichkeit intransparent – so kursieren Gerüchte, weil keine Aufklärung erfolgt und fernab dessen ist sowohl bei Studierenden als auch bei Lehrenden und den sonstigen Angestellten eine große Unsicherheit festzustellen, weil nicht bekannt ist, in welche Bahnen das neue Präsidium die Universität lenkt.

Eine offene Diskussion und Mitsprache im Voraus entsteht jedoch nicht – die Angestellten an der Universität und die Studierenden wurden bisher bei Neuerungen vor mehr oder weniger beschlossene Tatsachen gestellt, ohne die Möglichkeit, schnell und somit rechtzeitig zu reagieren.

Der Senat scheint in vielen Entscheidungen mit vorgefertigten Projekten überrumpelt zu werden, die gesamte Belegschaft sowie die Studierenden werden mit dem „Totschlagsargument“: „Entweder Leuphana oder Untergang der Universität Lüneburg“ in Entscheidungen und Meinungsbildungsprozesse gedrängt, die bei einem offeneren Umgang mit der Situation und dem Raum für Diskussion und Vorschläge andere Züge annehmen bzw. Alternativen hervorbringen könnten. Die Strategie von Schnelligkeit und größtmöglicher Eliminierung aller Möglichkeiten zum frühzeitigen Reagieren und Mitgestalten widerspricht demnach dem demokratischen Grundgedanken, dem jede Art von Institution und Innovation gerecht werden muss.

Partizipation der Statusgruppe der Studierenden ist zwar teilweise gewahrt – so zum Beispiel in der studentischen Vertretung in der Zentralen Studienkommission, doch entsprechen auch hier die Vorgänge nicht den Vorstellungen einer demokratischen Universität: So hat die Zentrale Studienkommission bei der Verwendung der Studiengebühren lediglich Beratungsgewalt, die alleinige Entscheidung über die studentischen Gelder trifft jedoch alleine das Präsidium. Fernab diesem vom Land vorgegebenen Umstand entspricht die praktische Umsetzung zum theoretischen

Konzept der ZSK nicht der eines gelungenen Gremium mit studentischer Beteiligung.

Die gewählte Studierendenschaft will sich nicht innerhalb dieser abzulehnenden Strukturen bewegen. Vielmehr sehen wir in dem Vorschlag zur Weitergabe nicht-öffentlicher Informationen auch die Gefahr einer Taktik, so dass die studentische Vertretung auf diese Art und Weise dazu gezwungen ist, sich einerseits an die Richtlinien einer undemokratischen, elitären Kommunikation und Entscheidungsfindung anzupassen und sich dort einzureihen. Andererseits könnten die studentischen Gremien auf diese Art und Weise schwerlich eine starke, unabhängige Position bilden.

2.2 Positionierung der studentischen Vertretung innerhalb der Informationshierarchie der Universitätsleitung

Natürlich sehen wir den Vorteil des „Angebots“ zum Informationsaustausch: So hätten einige Studierende die Möglichkeit, das Präsidium zu drängen, Information frühzeitig öffentlich zu machen. Auch könnte selbst eingegriffen werden, sobald etwas geschehen soll, was für die Studierenden nicht tragbar erscheint. Es muss somit die Frage gestellt werden, inwiefern die studentische Vertretung ihre demokratischen Verpflichtungen gegenüber den Studierenden nicht in einem höheren Maße erfüllen könnte, wenn die Möglichkeit bestünde, Informationen frühzeitig an die Studierenden weiterzuleiten und somit erhebliche Umgestaltungen und Veränderungen für die Studierenden rechtzeitig zu kennen, als vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden und wahrheitsgetreue Aussagen zu spät zu erhalten.

Denn nicht nur für bereits Studierende, sondern auch für zukünftige Studierende ist es ein Grundrecht und bei der Studienwahl in hohem Maße entscheidend, über den Weg der Universität in Kenntnis gesetzt zu sein. Diesen Auftrag jedoch hat eine Institution als Grundvoraussetzung in ihren Entscheidungen zu verfolgen – die Vorteile einer Weitergabe nicht-öffentlicher Informationen basieren deshalb einzig auf dem Umstand, dass diese Grundpflicht von der Universitätsleitung verletzt wird.

Außerdem können Informationshierarchien sowohl zwischen den Studierenden und der studentischen Vertretung, sowie innerhalb der Gremien zwischen „Wissenden“ und „Nichtwissenden“ Misstrauen und Spaltung hervorrufen. Das wollen wir verhindern und zusammen mit allen interessierten Studierenden über unsere Gremienarbeit und die Geschehnisse an der Universität diskutieren und unabhängige Entscheidungen treffen. AStA-SprecherInnen und StuPa-Vorsitzende sind nicht legitimiert, einen Informationsvorsprung gegenüber der Gremien zu erhalten oder Entscheidungen ohne die Gremien zu treffen. Studentische Anliegen sollen in der Gemeinschaft und innerhalb demokratischer Strukturen besprochen und entschieden werden.

Das StuPa ist sich darüber im Klaren, dass es mit dieser Entscheidung das Risiko eingeht, zukünftig einen niedrigeren Informationsstand zu erhalten als andere Gruppen der Universität. Aktuelle Vorkommnisse wie die Halbwahrheiten um den Bau eines Audimax, um das Seminar von Herrn Keller und Herrn Libeskind in New York und die Vorabinformationen aus etwaigen Presseartikeln machen deutlich, dass sowohl an einigen Stellen innerhalb der Universität als auch außerhalb durchaus Informationen gestreut werden. Es scheinen einzelne Verwaltungsangestellte, Lehrende und Studierende oftmals nicht-öffentliche Informationen zu erhalten, ebenso wie es scheint, die partikulare Streuung diverser Informationen gehe auch über die universitären Statusgruppen hinaus wie an Journalisten, Unternehmen und Einzelpersonen.

Als Vertretung der Statusgruppe der Studierenden sprechen wir für die einzige Gruppe, die mehrheitlich nicht aufgrund beruflicher Abhängigkeit ihre Entscheidungen an der eigenen persönlichen Situation abwägen muss. Wir werden uns deshalb weiterhin darum bemühen, unabhängig Informationen zu erhalten und innerhalb demokratischer Strukturen weiterzugeben.

Unser Leitbild der öffentlichen Diskussion zu allen universitären Themen wollen wir aufrechterhalten, sowie die regelmäßigen Gespräche mit der Universitätsleitung. Unsere Anliegen sind konstruktive Zusammenarbeit sowohl mit Lehrenden als auch mit dem

Präsidium, um die Interessen der Studierenden angemessen zu vertreten. Jegliche Informationen, die die studentische Vertretung erhält, wird zu diesem Zwecke öffentlich an die Studierendenschaft weitergegeben.

Beschlossen am 16.05.2007

gezeichnet vom Studierendenparlament der Universität Lüneburg.